

Ein Rucksack mit Arbeitsaufträgen

Treffen mit LINKEN kommunalen Verantwortungsträgern in Eisenach/Initiative für ein Investitionsprogramm beraten

Zum dritten Mal trafen sich LINKE Landrätinnen, Eisenachs Oberbürgermeisterin Katja Wolf, hauptamtliche Dezernentinnen und Dezernenten und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf Einladung von Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag. Tagungsort war diesmal Eisenach.

„Wir wollen die Erfahrung der linken Verantwortungsträger der Kommunen mit in den Landtag bringen“, sagte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag im Anschluss an das zweitägige Treffen.

Und Erfahrungen konnten die LINKEN kommunalen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger eine Menge vortragen. Im Mittelpunkt des Treffens standen vor allem sozialpolitische Fragen und Probleme. Landkreise und kreisfreie Städte in Thüringen sind insbesondere durch die in den letzten Jahren massiv gestiegenen Sozialausgaben betroffen. Allein in den vergangenen fünf Jahren sind in der Stadt Eisenach diese Ausgaben von 45 Millionen auf 53 Millionen Euro angestiegen – ohne dass es einen entsprechenden Ausgleich durch Bund oder Land gegeben hat.

Die neue große Koalition in Berlin hatte in diesem Zusammenhang Hilfe zugesagt. Die Kommunen sollten um eine Milliarde Euro bei den Kosten für die Eingliederungshilfe entlastet werden. Dieses bleibt nun doch aus. „Da

wird ein Wort gebrochen“, stellte Bodo Ramelow kurz und knapp fest. Er kündigte an, über die Bundestagsfraktion DIE LINKE nachzubohren. Als ein weiteres Konfliktfeld stellte sich die Frage der Finanzierung der Kindertagesstätten im Freistaat heraus.

Einer Berechnung des Gemeinde- und Städtebundes zufolge klappt eine fi-

nanzielle Lücke von fast 220 Millionen Euro. Aus Sicht der Landtagsfraktion DIE LINKE besteht hier Handlungsbedarf. Sie wird das Thema auf die Tagesordnung der Fachausschüsse im Landtag setzen, um für Klarheit zu sorgen.

Übereinstimmend warfen alle anwesenden kommunalen Verantwortungsträger das Problem des immensen Sa-

nierungsstaus an Schulen und Sportstätten in den Städten und Gemeinden Thüringens auf. In der Diskussion führte das zur Entwicklung einer Initiative für ein Investitionsprogramm zur Sanierung von Schulen und Sportstätten in Höhe von 53 Millionen Euro.

Die Mittel sollen sich aus den Überschüssen des Landeshaushaltes 2013 von über 400 Millionen Euro speisen. Eine frohe Kunde für Eisenachs Rathauschefin Katja Wolf. Sollte diese Initiative in die Praxis umgesetzt werden, würden eine bis zwei Millionen Euro für die Stadt zur Sanierung einer Schule oder einer Schulturnhalle abfallen.

Die Oberbürgermeisterin forderte zudem ein erheblich größeres Engagement des Freistaates, um Eisenach als Aushängeschild für das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 fit zu machen. Stichworte waren in diesen Zusammenhang die bislang nicht geklärte Finanzierung des Busbahnhofs und der Aufbau von Kongresskapazitäten. „Hier werden Chancen nicht nur für die Stadt, sondern für den Freistaat vorzüglich verspielt“, kritisierte das Oberhaupt der Wartburgstadt.

Für Bodo Ramelow war die zweitägige Runde in Eisenach fruchtbar, erkenntnisgewinnend und sie wird auf jeden Fall eine Folgeveranstaltung nach sich ziehen. Sein Rucksack auf dem Rückweg nach Erfurt war mit einer Menge von Arbeitsaufträgen gefüllt.

Matthias Gärtner



Aus der Kalisalzlauge könnten wertvolle Rohstoffe gewonnen werden

Nach Auffassung der Linksfraktion kann ein neues Kali-Werk, in dem durch ein Kristallisationsverfahren aus der Salzlauge wertvolle Rohstoffe – Kalium und Magnesium – gewonnen werden, zugleich die enorme Versalzung der Werra durch die Kali-Lauge des Unternehmens K+S gestoppt werden, so berichteten in zum Teil großen Aufmachungen die Thüringer Zeitungen über das Pressegespräch, zu dem Tilo Kummer, der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion, eingeladen hatte.

Der Abgeordnete hatte die Landesregierung „dringend aufgefordert“, die Möglichkeiten für ein solches Kali-Werk, das nach seiner Ansicht in Merkers entstehen könnte, zu prüfen und auf den Weg zu bringen. „Merkers wäre ideal, gerade auch mit Blick auf die Frage, wie es mit der Grube weitergeht“, sagte Tilo Kummer. Und die 350 entstehenden neuen Arbeitsplätze wären nach dem verheerenden Kalifusionsvertrag „eine gewisse Wiedergutmachung“.

Für die etwa 90 Millionen Euro teure Investition könnten Mittel der Wirtschaftsförderung sowohl des Bundes als auch des Landes eingesetzt wer-

den. „Dies wäre der nachhaltigste Weg“ und im Gegensatz zur Auffassung des Konzerns K+S, der den Vorschlag des Sondershäuser Instituts für Kaliforschung K-UTEC für unwirtschaftlich hält, eine vernünftige Lösung, die bereits in anderen Ländern zum Einsatz kommt. Denn schließlich, so der Umweltpolitiker der Linksfraktion, müssten die Kosten für den im Übrigen wenig realistischen Bau einer Kali-Abwasserpipeline zur Nordsee dagegen gerechnet werden: Knapp eine Milliarde Euro Investitionskosten. Und da die Leitung für (tatsächlich) 1.300 Jahre gebraucht wird – denn so lange dauert es, bis sämtlicher Kaliabraum entsorgt ist –, kommen noch einmal nicht überschaubare Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung der Pipeline hinzu.

Und wenn es tatsächlich so gewesen sei, dass der Konzern per Kali-Fusionsvertrag von den Kosten für die Werra-versalzung freigestellt wurde, „dann verstehe ich die Welt nicht mehr – es gibt doch das Verursacherprinzip“, betonte Tilo Kummer. Außerdem sei nicht einzusehen, warum sich der Weltmarktführer in der Kali-Produktion nicht selbst um seine Abwässer kümmern sollte. Dabei wächst der Druck auf Deutschland zur Einhaltung der EU-

weiten Wasserrahmenrichtlinie. Dass jetzt die Bundesregierung in ihrer Antwort im Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wegen Nichtbeachtung dieser Richtlinie im Zusammenhang mit der Werra-versalzung angekündigt hat, „weniger strenge Umweltziele“ in Anspruch nehmen zu wol-

len, sei nicht zu akzeptieren. Nicht zuletzt werde damit einer Entscheidung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ für eine Alternative zur Nordseepipeline vorgegriffen, hatte der Landtagsabgeordnete gewarnt.

A. Rudolph

Thüringen hätte Generalvertrag Ökologische Altlasten nicht zustimmen dürfen

Bei der Pressekonferenz von Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU) am 9. April zu den Verträgen zur Sanierung ökologischer Altlasten beim Großprojekt Kali wurde wieder deutlich, dass eine klare Nachzahlungsverpflichtung des Bundes bei entstehenden Mehrkosten im Generalvertrag fehlt. „Mit diesem Vertrag erfolgte jedoch mit dem Wissen der Landesregierung um die Artikel 16 und 17 des Kalifusionsvertrags eine Altlastenfreistellung der Firma K+S von Kosten, die nicht DDR-Zeiten zuzuschreiben waren“, kritisierte MdL Tilo Kummer.

„Dass diese wichtigen Regelungen des Kalifusionsvertrags zur Altlastenfreistellung dem Landtag nicht unverzüglich zur Kenntnis gegeben wurden,

hat nichts mit Geheimhaltungspflichten im Interesse eines Unternehmens zu tun und ist schlichtweg ein Skandal.“

Von den sich aus Artikel 16 und 17 ergebenden Mehrkosten für Thüringen gegenüber dem normalen Freistellungsrecht konnte der Landtag nichts wissen, da ihm weder Kalifusionsvertrag noch Generalvertrag zum Zeitpunkt der Beschlussfassung dieser Dokumente vorlagen. „Aus einem Urteil des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 6.10.2011 zum EnBW-Verkauf ergibt sich diesbezüglich für uns der Verdacht, dass die Landesregierung mit ihrer Zustimmung zu den Verträgen gegen das Budgetrecht des Landtags verstieß.“